



## Ausblick in die nächste Dekade

Es ist unfair, Sie nach dem Ausflug in die Weiten der Kultur nun noch einmal r Zukunftsrat und seinem Blick auf die nächste Dekade zu behelligen. Ich hoffe, der besondere Anlass der heutigen Veranstaltung kann dies rechtfertigen.

Zu folgenden 3 Zukunftsthemen möchte ich ein paar Anmerkungen machen:

- Zum Sprung über die Elbe,
- zu einer zukunftsfähigen Energiepolitik und
- zu nachhaltigen Staatsfinanzen in Hamburg.

### I. Der Sprung über die Elbe

Es ist schon gigantisch, was sich die Politik in den nächsten Jahren im Süden der Stadt vorgenommen hat. Das Positive an dieser Perspektive ist für mich aber gerade nicht das Gigantische, sondern die Art und Weise, wie die hochfliegenden Bau-Träume wieder geerdet wurden.

Wahrscheinlich sind sie notwendig, die Hochglanz-Broschüren mit ihren bunten Visionen aus der Vogelperspektive, mit geschwungenen Brücken, schicken Wohnvierteln im Grünen, modernen Gewerbekomplexen, mit neuen Seen und Landmarken. Die Medien sind dankbar für Bilder. Das Design prägt das Bewusstsein.

So begann auch die Debatte im sog. Expertenforum „Sprung über die Elbe“, in dem der Zukunftsrat die Ziele einer nachhaltigen Entwicklung vertritt.

Dann wurde die Bevölkerung Wilhelmsburgs einbezogen. Sie verweigerte sich der Vogelperspektive, blieb skeptisch reserviert – nach allem, was man ihr schon versprochen hatte. Schließlich verlagerte Oberbaudirektor Walter die Arbeit des Expertenforums in Untergruppen. Sie erhielten – und dafür bin ich ihm wirklich dankbar – ganz andere Aufgaben als die Konkretisierung der großen Bau-Träume: Seitdem geht es ums Wohnen, um Bildung und Schule auf der Elbinsel, um Kunst und Kultur, um die Wirtschaft an Reiherstieg und Spreehafen und um Beteiligungsstrukturen. Die Arbeitsgruppen hoben den Schatz des lokalen Sachverstands und des

Erfahrungswissens der Engagierten vor Ort. Sie sehen die lokalen Probleme ganzheitlich und doch als Herausforderungen für den gesamthamburgischen Sprung über die Elbe. Es entstand eine Fülle von Konzepten und Ideen für Wohnprojekte, zur Verkehrsgestaltung, für Quartiersschulen, Integrationsmaßnahmen, Kunstaktionen und Kultur-Events. Es öffnete sich endlich die Möglichkeit, dass auch die Menschen vor Ort sich mit dem großen Sprung nach vorn identifizieren.

Nun geht es darum, diese Erkenntnisse und Ideen auch in die konkrete Vorbereitung der Internationalen Bauausstellung und der Internationalen Gartenschau – IBA und IGS 2013 – einzuführen.

Das öffentliche IBA- Forum am 11. April nimmt schon mal die Themen Wohnen, Bildung und Kultur vor Ort auf und stellt sie in den größeren stadtentwicklungspolitischen Zusammenhang.

Für die Internationale Gartenschau bekannte sich die zuständige Behörde am Beginn der Planungen zum Leitziel Nachhaltigkeit – nicht nur für die Nachnutzung des Geländes nach 2013, sondern auch für Materialien, Verkehrsgestaltung, Ver- und Entsorgung beim Großereignis selbst .

Der Zukunftsrat wird beobachten und nachfragen, inwieweit diese Vorstellungen auch von der IGS-GmbH und den Wettbewerbs-Gewinnern tatsächlich umgesetzt werden. Was wird übrig bleiben von den Nachhaltigkeitsbekenntnissen, wenn ein striktes Planungsmanagement rigide Zeit- und Finanzlimits einhalten muss ? Noch haben wir Hoffnungen und stellen unseren besonderen Wilhelmsburger Sachverstand gerne in den Dienst einer zukunftsfähigen IGS.

Der Sprung über die Elbe mit Bauausstellung und Gartenschau bietet für die nächste Dekade die Chance, exemplarisch nachhaltige Lösungen zu entwickeln für typische Problemlagen von alten Gewerbe- und Arbeiterquartieren, von Einwanderer-Stadtteilen, aber auch für überholte Flächennutzungen. Lärmbelastung, vergiftete Böden, Konflikte zwischen Wohnen und Wirtschaft bleiben beim Sprung über die Elbe eine Herausforderung. In meiner Wahrnehmung hat hier aber eine lokal geerdete, qualitative Zielsetzung die anfänglich eher quantitative Perspektive eines Größer, Höher, Mehr ersetzt.

Nun zu meinem zweiten Thema, der

## II. Energiepolitik

Anfang des letzten Jahres erbat die Bürgerschaft vom Senat ein Konzept für eine sichere, klimafreundliche und preiswerte Energieversorgung in Hamburg. Damit erwischte sie den Senat „auf dem falschen Fuß“: Die rechtlichen Rahmenbedingungen werden gerade neu geordnet; die städtischen Anteile an HEW und Heingas waren gerade verkauft, die Behördenzuständigkeit ist im Umbruch und mit der Fusion der Statistikämter Kiel und Hamburg stellte der Senat auch noch die Datenerfassung für Energie und Klimaschutz ein. Die letzten verbindlichen Energiebilanzen und Klimaschutz-Daten für Hamburg stammen von 1997 !

Insofern nimmt es kaum wunder, dass das in diesem Monat vorgelegte „Konzept ‚Energiepolitik für Hamburg‘“ des Senats – mit Verlaub – ein Armutszeugnis blieb.

Nirgends in dem Konzept ist die Aussage zu finden, dass die fossilen Energieträger Öl, Gas und Uran in 40 bis 60 Jahren einfach nicht mehr zur Verfügung stehen werden und auch Kohle nicht unerschöpflich ist. Nirgends steht auch, wo die Toleranzgrenzen für die Klimagase sind, die bei der Verbrennung der fossilen Energieträger entweichen. Dass die ehrgeizigen Selbstverpflichtungen des früheren rot-grünen Senats zur CO<sub>2</sub>-Reduktion vornehm verschwiegen werden, ist ja nachvollziehbar. Nur: Auch Hamburg muss seinen Beitrag zum Klimaschutz nach dem Kyoto-Protokoll leisten – egal, wer regiert. Und dafür braucht man Daten. Immerhin hat die Senatskanzlei das Statistikamt Nord nun wieder beauftragt, Energiebilanzen zu erstellen. Der Zukunftsrat hatte hier heftig gedrängt.

Aus der Perspektive einer nachhaltigen Entwicklung muss der unausweichliche Übergang von der fossilen Energiewirtschaft zur solaren Energiewirtschaft (im weitesten Sinne) so früh und so energisch wie möglich erfolgen. Es ist einfach nicht verantwortlich und nicht zukunftsfähig, wenn wir heute ruhig und langsam den sachten Anstieg angehen und unseren Kindern die letzten steilen und steinigen Etappen überlassen, bis die Menschheit über den Berg ist mit der neuen Energieversorgung. Es ist zu kurz gegriffen, wenn die Förderung der regenerativen Zukunftsenergien in erster Linie als Wettbewerbsverzerrung gesehen wird. Wenn ohnehin alle über den Berg müssen, warum sollte Hamburg dann nicht vorne laufen und die Konkurrenz hinter sich lassen ? Immerhin verspricht der Senat ein Handlungskonzept für ein Wirtschafts- und Kompetenz-Cluster „Erneuerbare Energien“.

Und schneller erreicht man den Gipfel mit weniger Gepäck. Will sagen: Hamburg sollte alles tun, um den Energiebedarf zu senken, nicht nur relativ pro Produkt, sondern auch insgesamt absolut. Denn vorerst ist kaum vorstellbar, dass der gesamte Bedarf, der heute mit fossiler Energie gedeckt wird, einmal nur aus regenerativen Trägern gedeckt werden kann.

Das Energiekonzept des Senats thematisiert deswegen „Energieeffizienz und rationelle Energieverwendung“ zu Recht. Vorgestellt werden Projekte und Programme, die noch vom Vorgänger-Senat initiiert wurden, aber in der neuen „UmweltPartnerschaft“ von 2003 aufgingen. So sinn- und verdienstvoll z.B. das Projekt „Unternehmen für Ressourcenschutz“ ist, so gering ist leider die Beteiligung der Hamburger Wirtschaft: weniger als ein halbes Prozent der Unternehmen.

Und es fehlen eben die konkreten Verhältniszahlen zwischen den in einzelnen Projekten eingesparten Energiemengen und dem Gesamtverbrauch an Primär- und Endenergie. Auch der Anteil von regenerativ erzeugtem Strom am gesamten Stromverbrauch in der Hansestadt ist schlicht nicht bekannt. Niemand weiß also, wo genau wir in Hamburg überhaupt stehen auf dem Weg zum Energiewende-Gipfel.

Aber wenigstens die beschränkten regionalen Handlungsmöglichkeiten sollten in Hamburg genutzt werden – z.B. mit einer weniger auto-zentrierten Verkehrspolitik, mit Energiespar-Anreizen in der Hamburger Bauordnung und Vorgaben in der Bauleitplanung, mit Wettbewerben, der Organisation von Dachgemeinschaften für Solarzellen, mit öffentlichen Signalen eines neuen Energiebewusstseins.

Zum Abschluss dieser Anmerkungen noch ein Wort zur Hamburger Landesinitiative Wasserstoff, die das Konzept herausstellt: Der emissionsfreie, nahezu lautlose Antrieb der HVV-Busse mit Wasserstoff und Brennstoffzelle ist schon faszinierend. Aber eine „Wasserstoffwirtschaft“, die die fossile Energieversorgung ersetzt, wird es nicht geben: Wasserstoff ist keine Primärenergie, er muss produziert werden.

Das geht heute noch relativ günstig mit Erdgas. Im nach-fossilen Zeitalter muss Wasserstoff durch Elektrolyse, also mit dann regenerativ erzeugtem Gleichstrom hergestellt werden. Dazu braucht man viel mehr Strom, als aus dem erzeugten Wasserstoff über die Brennstoffzelle wieder an Strom gewonnen werden kann. Zwischen der direkten Stromnutzung und dem Umweg über Elektrolyse / Wasserstoff / Brennstoffzelle / Elektroantrieb liegt eine – physikalisch bedingte – Energieverlust-Kaskade von ca. 75 %, nur ein Viertel des Energiepotenzials wird letztlich genutzt. Das ist Verschwendung. Die regenerativen Energieträger reichen nicht aus, um eine flächendeckende „Wasserstoffwirtschaft“ zu versorgen.

Für Anwendungsnischen, insbesondere im mobilen und emissionsempfindlichen Bereich, erscheint die praxisorientierte Initiative von Senat und Wirtschaft durchaus sinnvoll. Nur: Für eine zukunftsfähige, nach-fossile Energiepolitik ist die Wasserstoff-/ Brennstoffzellen-Technologie kein Rezept. Dies sollte deutlich gesagt werden.

Nun zu meinem letzten Thema:

### III. Nachhaltige Staatsfinanzen

Die Hamburger Schuldenuhr des Steuerzahlerbundes tickt, Sekunde um Sekunde um weitere 53 €. Insgesamt sind es Schulden von über 29,7 Mrd. € bzw. von über 17.000 € pro Einwohner. Der Schuldendienst kostet den Steuerzahler jährlich ca. 1 Mrd. €, die damit anderen Ausgabezwecken fehlen.

Wir haben uns daran gewöhnt. Inzwischen ist es auch ein Gemeinplatz, dass dies nicht nachhaltig ist. Es verschließt der kommenden Generation die Option, beträchtliche Beträge an Haushaltsmitteln für selbstgewählte Zwecke auszugeben. Die Zinslast stranguliert die Handlungsfähigkeit der Volksvertreter. Nachhaltigkeit heißt: „von den (Haben-)Zinsen leben, nicht vom Kapital“! Hamburg zehrt vom Kapital und erstickt an den (Soll-)Zinsen!

Gerade habe ich gelernt, dass die Verfassung des Schweizer Kantons Bern dagegen eine staatliche Kreditaufnahme grundsätzlich verbietet, und auftretende Fehlbeträge im übernächsten Jahr auszugleichen sind. Man wird den Schweizern nicht vorwerfen können, sie verstünden nichts von Finanzen.

Verblüffend war auch die Nachricht aus Dresden am Anfang des Monats, dass sich die Stadt durch den Verkauf aller ihrer Immobilien auf einen Schlag schuldenfrei machte, mit dem Käufer ein mieterfreundliches Verhalten vereinbarte und auch noch Verfügungsmasse für soziale Wohltaten übrig hatte.

Auch Hamburg hat in großem Umfang Staatseigentum verkauft bzw. ist noch dabei - nach den Prinzip „Reduktion auf die Kernaufgaben“. Mit den Erlösen sollen Investitionen bezahlt werden, um Beschäftigung und damit wieder Steuereinnahmen zu fördern. Aber gesichert ist dieser Effekt nicht. Wir haben die Erfahrung mit dem Landesbetrieb Krankenhäuser und wir kennen die Notwendigkeit, die verkauften Immobilien zum Teil wieder zurückzumieten. Ich habe wenig Vertrauen darauf, dass die einmaligen Verkaufserlöse die Kosten für all die Leuchtturmprojekte der wachsenden Stadt, die Wahrzeichen, Landmarken und Visitenkarten der Hansestadt decken werden. Und der Fehlbetrag - wie gehabt?

Nachhaltig und zukunftsfähig wäre ein Ende mit Schrecken statt eines Schreckens ohne Ende. Und Ende mit Schrecken heißt: Unsere Generation, die insgesamt mit den Schulden gut und über ihre Verhältnisse gelebt hat, aber zu wenig Kinder in die Welt setzt, um eine angemessene Lastenverteilung zwischen den Generationen zu ermöglichen – unsere Generation muss den Großteil der Schulden selbst abtragen –

durch Steuererhöhungen einerseits *und* Ausgabenkürzungen andererseits. Das ist nicht populär. Und Bescheidenheit – privat wie öffentlich - ist unmodern. Sie ist aber eine Tugend der Nachhaltigkeit.

Dabei ist entscheidend, dass der Schuldenabbau, dass die notwendigen Belastungen der Bürgerinnen und Bürger auch horizontal, also innerhalb der heutigen Generation zwischen Jüngeren und Alten, zwischen gut Situierten und Arbeitslosen, zwischen Gesunden und Kranken gerecht verteilt werden. Ich weiß: Hier liegt das Hauptproblem – die Besitzstandswahrer aller Couleur vereinigen sich, und die Besitzlosen haben keine Vereinigung, keine Lobby. Aber erst wenn die Schuldenuhr dauerhaft rückwärts läuft, hat eine zukunftsfähige Entwicklung begonnen.

Und abschließend wieder ein Detail: In den nächsten Tagen gibt es erstmals ein moderiertes Internetforum zum Staatshaushalts. Die Hamburgerinnen und Hamburger werden gefragt, wo sie in den nächsten 10 Jahren Aufgaben- und Ausgabenschwerpunkte sehen und welche Staatsaufgaben sie langfristig für verzichtbar halten. Das ist zwar noch kein Bürgerhaushalt, wie ihn seit vielen Jahren die brasilianische Millionenmetropole Porto Alegre durchführt. Aber es ist ein Anfang. Ich bin sehr gespannt, wie die notwendigen Vorab-Informationen über den Hamburger Staatshaushalt und die Spielregeln aussehen werden. Wer Ausgaben für bestimmte Zwecke fordert, sollte jedenfalls auch als Bürger entsprechende Deckungsvorschläge machen müssen.

Vielleicht dringt die dort angestoßene Debatte ja auch zu Grundfragen des Staatsverständnisses und einer nachhaltigen Entwicklung vor. Können wir auf einen starken, handlungsfähigen Staat verzichten, wenn Zukunftsfähigkeit bedeutet, aktiv eine Balance herzustellen, ja notfalls zu erzwingen zwischen wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Interessen? Wer ist verantwortlich für eine langfristig nachhaltige Entwicklung, für das gute alte Gemeinwohl, wenn der Staat immer mehr Aufgaben dereguliert, privatisiert und den Marktkräften überträgt ?

Jürgen Habermas hat das Kernproblem unlängst – wie immer etwas kompliziert –so ausgedrückt: „Selbst wenn sich jede Nation bewusst und demokratisch dafür entscheidet, eher ein Wettbewerbsstaat als ein Wohlfahrtsstaat zu sein, müsste diese demokratische Entscheidung ihre eigenen Grundlagen zerstören, wenn sie zu einer Organisation der Gesellschaft führt, in der es unmöglich wird, jene Entscheidung selbst wiederum auf demokratischem Wege rückgängig zu machen.“ (J. Habermas: Eine politische Verfassung für die pluralistische Weltgesellschaft ? Kritische Justiz 2005, 222).

Ich denke, diese gesellschaftspolitische Debatte um den Wettbewerbs- versus Wohlfahrtsstaat wird in der nächsten Dekade ganz praktisch in sozialpolitischen

Verteilungskämpfen und in Abwehrkämpfen zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen geführt werden.

Der Zukunftsrat Hamburg wird – so hoffe ich – dabei sein und sich kritisch-konstruktiv mit Senat und Bürgerschaft, aber auch mit dem Zeitgeist in der Zivilgesellschaft auseinandersetzen – nach unserem Motto: „Heute so leben, dass auch übermorgen alle leben können, überall auf der Welt“.